



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

HALLISCHE BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE

2006/1

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

2006/1 (Heft 16)

mit Beiträgen von

Jeremy Krikler, Michael Lemke, Michael Ploenus, Thomas
Pruschwitz, Inga Grebe und Jana Wüstenhagen

Inhalt

Zehn Jahre „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“5

Aufsätze

Jeremy Krikler

Constraints upon popular racial killing: a South African case7

Michael Lemke

Der Ost-West-Konflikt und die Sowjetisierung der SBZ/DDR.

Ergebnisse, Probleme und neue Fragen33

Michael Ploenus

Wie der Marxismus-Leninismus aus den Universitäten der DDR

verschwand. Das Beispiel Jena66

Berichte, Interviews, Informationen

Thomas Pruschwitz

Im Gespräch: Heinz Schwarz90

Inga Grebe / Jana Wüstenhagen

Historische Quellensuche in Lateinamerika. Noch immer ein

Abenteuer? Zwei Erfahrungsberichte aus Chile und Argentinien100

Resümees / Abstracts115

Zehn Jahre „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“

Vor zehn Jahren, im Frühjahr 1996, erschienen die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ zum ersten Mal. Die Herausgeber haben das Jubiläumsjahr 2006 zum Anlass genommen, um einige Veränderungen zu realisieren, die bereits mit dem Begründer der Reihe – dem leider viel zu früh verstorbenen Zeithistoriker Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper – diskutiert worden waren. Der neu gestaltete Einband in den Farben der Universität soll die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ noch stärker in die Wahrnehmung der wissenschaftlichen Institutionen und Bibliotheken rücken. Diesem Ziel dient auch die Präsenz im Internet. Interessierte Leser können sich künftig unter www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz in deutscher und englischer Sprache über die Geschichte und Schwerpunkte der Reihe sowie über Kontaktmöglichkeiten informieren. Außerdem sind dort die Inhaltsverzeichnisse aller bislang erschienenen Hefte abrufbar. Beginnend mit dem vorliegenden Heft werden in allen zukünftigen Ausgaben auch kurze Zusammenfassungen zu den einzelnen Beiträgen online veröffentlicht. Bei allen Neuerungen hält die Reihe an ihrem bekannten Konzept fest. Sie will in den einzelnen Ausgaben auch weiterhin die Breite und Vielfalt der zeitgeschichtlichen Forschung widerspiegeln. Wie bisher werden vorrangig Beiträge vorgestellt, die auf der Grundlage noch nicht veröffentlichter Quellen basieren. Zusätzlich sollen aber verstärkt die Ergebnisse von Wissenschaftlern außerhalb Deutschlands berücksichtigt werden, die sich der Untersuchung zeitgeschichtlicher Themen seit 1917 widmen.

Das vorliegende Heft ist – und darin folgt es der Tradition der Vorjahre – eine Plattform für gestandene Historiker sowie junge Nachwuchswissenschaftler. *Jeremy Krikler* stellt in seinem Beitrag das Thema Gewalt in den Mittelpunkt. Er fragt nach den Faktoren, die Gewalt begrenzen. Am Beispiel eines Streiks weißer Minenarbeiter in Südafrika 1922, der sich zu Kämpfen mit der schwarzen Bevölkerung ausweitete, argumentiert er, dass es vor allem die persönlichen Alltagsbeziehungen zwischen Schwarzen und Weißen waren, die eine Dämonisierung der schwarzen Mitbürger verhinderten. Daraus erwuchs, so Krikler, eine gegenseitige Vertrautheit, die wesentlich dazu beitrug, dass die Gewaltbereitschaft der weißen Angreifer nicht weiter eskalierte. Krikler fordert ausdrücklich zu weiteren vergleichenden Arbeiten zum Thema auf. Auch *Michael Lemke* macht in seinem Beitrag auf die Bedeutung vergleichender Forschung aufmerksam – allerdings in einem anderen Zusammenhang. Er beschäftigt sich am Beispiel der SBZ/DDR mit Fragen der Sowjetisierung nach 1945. Im Zentrum stehen Ziele, Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen der Sowjetisie-

rung sowie die Interessen, Handlungsspielräume und Interaktionen der sie tragenden und der von ihr betroffenen Kräfte. Die Forschung sollte, so Lemkes Argumentation, stärker vergleichende Analysen vorlegen und damit zur Internationalisierung und Verortung des Phänomens Sowjetisierung im Kalten Krieg beitragen. *Michael Ploenus* spricht in seinem Beitrag einen Aspekt an, der als Teil des Sowjetisierungsprozesses in der DDR zu werten ist, die Durchdringung der Hochschullebens mit dem Marxismus-Leninismus. Dafür zeichneten eigens errichtete Abteilungen, Institute bzw. Sektionen verantwortlich. Sein Beitrag geht am Beispiel der Universität Jena dem Verschwinden dieser universitären Lehr- und Propagandaabteilungen im Zuge der „Wende“ nach. Für Halle müsste erst noch untersucht werden, ob Ploenus Recht hat, wenn er Jena als paradigmatisch für vergleichbare Einrichtungen in der DDR bezeichnet. Mit dem Zeitzeugeninterview von *Thomas Pruschwitz* wird eine Rubrik wiederbelebt, die eine zeitlang regelmäßig in unserer Reihe vertreten war. Anlass war die Veröffentlichung der Memoiren von Heinz Schwarz. Der SED-Funktionär und langjährige Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld gibt detaillierte Einblicke in die Wechselwirkungen zwischen Staatssicherheit, Staats- und SED-Funktionären in einem der führenden chemischen Großbetriebe der DDR. Seine Betrachtungen bieten Gesprächsstoff für weitere Forschungen über die Träger des SED-Staates unterhalb der obersten Führungsebene. *Inga Grebe* und *Jana Wüstenhagen* lenken die Aufmerksamkeit auf den – im deutschsprachigen Raum – noch relativ wenig bekannten Forschungsraum Lateinamerika. Im Mittelpunkt stehen archivalische Quellen für die Zeit nach 1945 in Chile und Argentinien. Ihr Fazit ermuntert zu weiteren Untersuchungen: Trotz aller noch bestehenden Hindernisse haben sich die Bedingungen für Forschungen in und über Lateinamerika in den letzten zehn Jahren zum Teil erheblich verbessert. Die Herausgeber wünschen wie immer eine anregende Lektüre.

Halle (Saale) im Mai 2006

Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse

Wie der Marxismus-Leninismus aus den Universitäten der DDR verschwand. Das Beispiel Jena

von Michael Ploenus

„Tatsächlich war 1989 eine Revolution gegen den Marxismus, der 1918 Teile der Arbeiterklasse begeistert hatte, ihnen 1945 aber von außen aufgezwungen worden war.“¹

Als engagierte Bürger der DDR im Herbst 1989 die Politbürokratie zum Abdanken nötigten, verschwand mit ihr die bis dahin offiziell herrschende Weltanschauung: der Marxismus-Leninismus. Nachdem die SED über vierzig Jahre nahezu ununterbrochen die Menschen von seiner universellen Richtigkeit zu überzeugen versucht hatte, schüttelten diese sich schon während der friedlichen Revolution nur „kurz wie Hunde, die ins Wasser gefallen sind, und hatten all das ihnen mühevoll Eingeblete vergessen“.² Da die Autorität des Marxismus-Leninismus als originäre Parteilehre essentiell wie existentiell mit der Alleinherrschaft der kommunistischen Partei zusammenfiel, war er nach deren Machtverlust nicht nur politisch-moralisch diskreditiert und historisch delegitimiert, sondern als „freischwebende“ Weltanschauung geradezu undenkbar.

Es scheint auch so, als ob der Marxismus-Leninismus, kurz ML genannt, dauerhaft verschwunden bliebe. Denn selbst wenn „das Streben nach vollkommener gesellschaftlicher Gleichheit, welches die utopischen Kommunisten seit jeher antrieb, jemals wieder aufgenommen werden sollte, wird das aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in der Form des Marxismus-Leninismus passieren“.³

Der dramatische Bedeutungsverlust der kommunistischen Ideenlehre nach 1989, den der Wirtschaftswissenschaftler Peter Koslowski in seiner Dimension mit dem „Zusammenbruch des heidnischen Polytheismus in der Spätantike“⁴ verglich, zog unweigerlich die Abwicklung all jener Institutionen nach sich, deren hauptsächlicher Zweck im Ideologietransfer von oben nach unten bestanden hatte. Im Laufe ihrer über vierzigjährigen

¹ Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 1999, S. 203.

² Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, 2. Aufl. Bonn 1999, S. 130.

³ Richard Pipes: Kommunismus, Berlin 2003, S. 9.

⁴ Peter Koslowski: Nachruf auf den Marxismus-Leninismus. Über die Logik des Übergangs vom entwickelten Sozialismus zum ethischen und demokratischen Kapitalismus, Tübingen 1991, S. 9f.

Alleinherrschaft überzog die SED das Land systematisch mit einem differenzierten, flächendeckenden Netz solcher Einrichtungen, die jeden Bürger von der Wiege bis zur Bahre zu erfassen und im gewünschten Sinne zu indoktrinieren suchten. Vor allem im Bereich der zentralistisch organisierten Volksbildung avancierte die weltanschauliche Propaganda zum elementaren Bestandteil aller curricularen Vorgaben. Das betraf schon die Kleinsten in den Kindergärten, setzte sich mit Fächern wie Staatsbürgerkunde oder Wehrerziehung in den Schulen⁵ fort und gipfelte schließlich in einem obligatorischen Ideologiestudium an den Hochschulen und Universitäten.

Der marxistisch-leninistischen Durchdringung des Hochschullebens kam nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine besondere Bedeutung zu. Mit der sogenannten Zweiten Hochschulreform von 1951 wurde ein für alle Studenten zeitaufwendiges, obligatorisches und prüfungsrelevantes Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium, später marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG) genannt, eingeführt. Bis zum Herbst 1989 blieb es allen Widerständen und eklatanten Mängeln zum Trotz bestehen. Für seine Realisierung zeichneten eigens installierte Abteilungen, Institute bzw. Sektionen verantwortlich, die als gleichsam „paraakademische“⁶ Parteieinrichtungen innerhalb der Universitäten existierten. Ihre Mitarbeiter fungierten, dem verordneten Selbstverständnis nach, zuvorderst als Propagandisten, erst an zweiter Stelle als Gesellschaftswissenschaftler. Ihnen oblag es, nach offizieller Propaganda-Definition, „die Fragen der Menschen beantwortend, systematisch und geduldig die marxistisch-leninistischen Grundlehren“ zu verbreiten. Ihr Aufgabenfeld war damit „unlöslich mit der gesamten Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien zur politisch-ideologischen Erziehung der Parteimitglieder und aller Werktätigen verbunden“.⁷

Der vorliegende Beitrag geht dem Verschwinden dieser, mit großem personellem Aufwand betriebenen, universitären Propagandaabteilungen am

⁵ Vgl. dazu u.a. Michael Koch: Die Einführung des Wehrkundeunterrichtes in der DDR, Erfurt 2000; Achim Leschinski, Petra Gruner, Gerhard Kluchert (Hg.): Die Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule: Allgemeines und der „Fall DDR“, Weinheim 1999; Tilman Grammes (Hg.): Staatsbürgerkunde in der DDR. Quellen und Dokumente, Opladen 1997; Heinz-Elmar Tenorth, Sonja Kudella, Andreas Paetz: Politisierung im Schulalltag der DDR. Durchsetzung und Scheitern einer Erziehungsambition, Weinheim 1996; Ilona-Katharina Schneider: Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen – Praxis – Opposition. Eine kommentierte Dokumentation, Opladen 1995.

⁶ Vgl. Ernst Richert: „Sozialistische Universität“. Die Hochschulpolitik der SED, Berlin 1967, S. 59-76.

⁷ Kleines politisches Wörterbuch, 3. überarbeitete Aufl. Berlin (Ost) 1978, S. 730.

Beispiel der Universität Jena nach. Die Rat- und Sprachlosigkeit der ehemals „wortmächtigen“ ML-Dozenten, die ebenso hektischen wie vergeblichen Bemühungen um einen konzeptionellen Umbau ihrer, der Existenzberechtigung verlustig gegangenen, Sektion und schließlich das doppelte institutionelle Ende der nur noch papiernen Rumpfeinrichtungen im Jahre 1990 stehen dabei trotz des speziellen Lokalkolorits paradigmatisch für vergleichbare Einrichtungen der DDR.

I. Die universitäre „Wende“⁸

Die ostdeutschen Universitäten waren „alles andere als ein Hort der Opposition und auch nicht eng mit der Bürgerbewegung verknüpft“.⁹ Weder Professoren noch Studenten bildeten die Speerspitzen des gesellschaftlichen Umbruchs oder fielen als entscheidende Ideen- und Stichwortgeber auf. Das „einte sie mit Gemüsehändlern, Produktionsarbeitern oder Betriebsabteilungsleitern“, denn es „gab keine sozialmilieubestimmte Gruppe, die Träger des überraschenden Vorgangs“ gewesen wäre.¹⁰ Das Versagen der Hochschulen als intellektuelle Zentren des Protestes durfte niemanden überraschen. Dass Wissenschaftlerstand wie Studentenschaft über kein nennenswertes Kritikpotential verfügten, dafür „hatten die Mechanismen ihrer Rekrutierung und eine langjährige wissenschafts-feindliche Funktionalisierung der Wissenschaft erfolgreich gesorgt“.¹¹

Das Fehlen gesellschaftlich relevanter Impulskraft bedeutete indes nicht, es hätte während des „heißen Herbstes“ an den Universitäten keine Initiativen zur Reform gegeben. In Jena war es ein kleiner Kreis renitenter FDJ-Funktionäre aus den Sektionen Mathematik, Psychologie, Biologie und

⁸ Vgl. dazu ausführlich Herbert Gottwald, Michael Ploenus (Hg.): *Aufbruch – Umbruch – Neubeginn. Die Wende an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988 bis 1991*, Rudolstadt, Jena 2002; Michael Ploenus: *Aufbruch und Erneuerung. Die Wende an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988-1993*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Jena 1999.

⁹ Renate Mayntz: *Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention*, in: dies. (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*, Frankfurt/M., New York 1994, S. 283-312, hier S. 284.

¹⁰ Peer Pasternack: *Die StuRa-StoRy. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989*, in: ders., Thomas Neie (Hg.): *stud.ost 1989-1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland*, Leipzig 2000, S. 28-53, hier S. 28.

¹¹ Bernd-Reiner Fischer: *Bildung und Wissenschaft im Einigungsprozess*, in: Eckhard Jesse, Armin Mitter (Hg.): *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*, Bonn 1992, S. 336-364, hier S. 342.

Theologie, die durch Unmutsbekundungen und subversive Aktionen auffielen. Am 9. Oktober 1989 optierte diese Gruppe unter dem Eindruck der Berliner Ereignisse für eine öffentliche Aussprache. Zehn Tage später gelang es ihnen in der landesweiten Aufbruch- und Dialogstimmung, unter dem Namen „Reformhaus“ eine freie Veranstaltung mit etwa 800 Teilnehmern zu organisieren. Im Nachgang konnten sie sogar ein unzensuriertes Informationsheft als Sonderdruck der Universitätszeitung „Sozialistische Universität“ veröffentlichen.¹² Auf den Erfolg bauend, wurde am 23. November 1989 ein Studentenrat gebildet, der zugleich die FDJ-Arbeit an der Universität beendete. Der Versuch der Universitätsparteileitung (UPL), den Aufbruch der Studenten durch die Gründung eines „Sozialistischen Studentenbundes“ aufzufangen, lief ins Leere. Trotz dieser Erfolge ging der „revolutionäre Schwung“, der Teile der Studentenschaft erfasst hatte, bald danach wieder verloren. Auf den Gang der Veränderungen an der Universität hatten die studentischen Vertreter kaum mehr Einfluss.

Im Gegensatz zum studentischen Aktionismus waren im Herbst 1989 spektakuläre Unternehmungen von Universitätsmitarbeitern ausgeblieben.¹³ Ein kleiner entschlossener Dozentenkreis, dessen Mitglieder hauptsächlich aus dem Bereich Medizin stammten, organisierte sich erst am 7. Dezember in einer „Aktionsgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschule“ (ADEH). Jenseits leerer Reformrhetorik formulierte die ADEH klare Forderungen: Rücktritt der wissenschaftlichen Räte, des Senats, des Rektors und demokratische Neuwahlen.¹⁴ Darüber hinaus war die Wiederherstellung der „klassischen“ Universitätsstruktur ein weiteres Ziel.¹⁵

Der Rektor Hans Schmigalla musste sich dem nachhaltigen Druck der ADEH beugen und empfahl die Neuwahl des Wissenschaftlichen Rates. Den Reformern gelang es, Versuche der Leitung abzuwehren, die notwendige Erneuerung ins seichte Fahrwasser eines fortgesetzten, aber konse-

¹² Sowohl der transkribierte Tonbandmitschnitt des „Reformhauses“ vom 19. Oktober 1989 als auch das folgende Informationsblatt finden sich abgedruckt in Gottwald/Ploenus, Aufbruch, Dokument Nr. 27 (S. 75-91) und Dokument Nr. 28 (S. 92-99).

¹³ Eine Ausnahme bildete der Physiologe Ulrich Zwiener, der im Oktober 1989 in einer ungenehmigten Veranstaltung offen das Ende des SED-Machtmonopols und die Erarbeitung demokratischer Prinzipien für das Universitätsleben forderte. Vgl. Ulrich Zwiener: Zwischen Gestern und Morgen. Jenaer Begegnungen, Jena 1998, 30ff.

¹⁴ Vgl. Gottwald/Ploenus, Aufbruch, Dokumente Nr. 99-103 (S. 183-187).

¹⁵ So wurde aus dem Umfeld der ADEH heraus im Dezember 1989 zu einem gesamtdeutschen Wartburgtreffen aufgerufen, das der Einheit von Wissenschaft Ost und Wissenschaft West im Geiste des Humanismus den Weg ebnen sollte. Diesem Ideal folgend, gründete Ulrich Zwiener Anfang 1991 ein Collegium Europaeum Jenense. Vgl. Ulrich Zwiener: Wartburgtreffen 1990. Ein demokratisches Deutschland für Europa, Jena 1990; ders., Christel Fenk (Hg.): Zehn Jahre Collegium Europaeum Jenense. Eine kleine Chronik, Jena 2001.

quenzlosen Dialoges zu führen. Als sich am 29. Januar 1990 der neugewählte Wissenschaftliche Rat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenfand, forderte der ADEH-Sprecher Dietfried Jorke den Rektor in einer scharfen Rede zum Rücktritt auf. Das Ergebnis der Vertrauensfrage fiel deutlich aus. Von den Anwesenden votierten nur 33 für eine Bestätigung im Amt, 75 stimmten dagegen, vier enthielten sich.¹⁶ Damit stand der Wahl eines neuen Rektors nichts mehr im Wege.

Der Machtverlust der Partei an der Universität war offenkundig. Es gelang der UPL nicht, die Proteste zu kanalisieren und sich als Speerspitze eines breiten Dialoges zu präsentieren. Von der Heftigkeit des Aufbruchs überrollt, traten ihre Vertreter sukzessive den unfreiwilligen Rückzug an, formulierten Aufrufe und Stellungnahmen oder debattierten Grundsätzliches, beispielsweise, ob der Sozialismus ohne die Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei denkbar sei oder ob die neu gegründete Sozialdemokratische Partei in der DDR die Spaltung der Arbeiterklasse bezwecke.¹⁷

Wie offen die Lage trotz der Erfolge der ADEH noch immer war, zeigte die denkwürdige Rektorwahl am 23. Februar 1990. Überraschend ging der DDR-Staats- und Verfassungsrechtler Gerhard Riege als Sieger hervor. Aber schon wenige Tage später drängten ADEH-Vertreter auf Annullierung der Wahl, bei der es im Vorfeld widersprüchliche Aussagen über die Gültigkeit von Briefwahlstimmen gegeben hatte. Der Wissenschaftliche Rat beugte sich mit einem knappen Votum und ordnete Neuwahlen an. Gerhard Riege verzichtete auf eine erneute Kandidatur. Statt dessen traten mit dem Mediziner Wolfgang Klinger und dem Physiker Ernst Schmutzer gleich zwei Exponenten der ADEH an. Am 2. April wurde letztgenannter zum 314. Rektor der Alma mater Jenensis gewählt.¹⁸

Sein beachtliches Erneuerungsprogramm umfasste die Neugliederung der Universität in Fakultäten und Institute ebenso wie eine Verwaltungsreform. Als eigentliche Nagelprobe durfte jedoch die personelle Erneuerung gelten. Mit Blick auf die ideologisch belasteten Fächer berief der Rektor paritätische Kommissionen ein, die, mit Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und aus Jena besetzt, Konzepte für einen Umbau erarbeiten sollten. Allerdings kamen sie über Ansätze nicht hinaus, da die Thüringer Landesregierung bald eine eigene Hochschulstrukturkommission initiierte,

¹⁶ Aussprache des Wissenschaftlichen Rates und Misstrauensantrag gegen den Rektor vom 29. Januar 1990, in: Gottwald/Ploenus, Aufbruch, Dokument Nr. 120 (S. 202-204), S. 202.

¹⁷ Vgl. ebenda, Dokumente Nr. 57-89 (S. 134 -175).

¹⁸ Zu den Turbulenzen um die Rektorwahl vgl. ebenda, Dokumente Nr. 121-148 (S. 204-228).

um gerade die sensiblen Bereiche zentral neu zu organisieren. Einen glaubhaften Schritt in Richtung personelle Erneuerung bildete ferner eine interne Initiative zur fachlichen Evaluierung der Hochschullehrer, die klären sollte, welche Hochschullehrer ihre Position dubiosen Verfahren verdankten, ohne hinreichende wissenschaftliche Kompetenz zu besitzen. Obwohl der Evaluierungsbeschluss einer hochschulrechtlichen Grundlage entbehrte, blieben größere Proteste aus, und die meisten Dozenten kamen der Aufforderung des Senats nach.¹⁹

Der Reformprozess erhielt seine juristische Beschleunigung durch den Abwicklungsbeschluss des Landes Thüringen vom Dezember 1990. Kanzler, Senat und Prorektoren begrüßten die Auflösung bestimmter Institute mit dem Ziel ihrer Neugründung.²⁰ Die Emotionen schlugen nach Bekanntwerden der Absichten in den betroffenen Bereichen hoch, und der Ton der Auseinandersetzung wurde mit Näherrücken des Stichtages schärfer. Die Angst vor einer „Kahlschlagsanierung“ im geisteswissenschaftlichen Bereich grassierte. Es bestand der Verdacht, die Abwicklung sei eine rein politisch motivierte Säuberung.²¹ Doch erwiesen sich solche Befürchtungen als überzogen. Trotz aller Spannungen in den abgewickelten Bereichen glückte die Transformation. Dass zur neuen Normalität eine – wie auch immer nun genannte – Sektion Marxismus-Leninismus und der Großteil ihres Mitarbeiterstammes nicht mehr gehören konnten, war gleichsam eine *conditio sine qua non* des glaubhaften universitären Wandels.

II. Das Ende des Grundlagenstudiums

Die allgegenwärtige Krise des real existierenden Sozialismus war längst vor dem Herbst 1989 als Leitmotiv im Grundlagenstudium angekommen. Bei aller gebotenen Opportunität äußerten die jungen Leute ihre kritischen Bemerkungen und Einwände zur Politik der SED zunehmend offener und direkter.

Die Universitätsparteileitung (UPL) musste in ihrer Kampfkraftanalyse vor dem herbstlichen Studienjahresbeginn konstatieren, dass in allen ihren Grundorganisationen „die Diskussionsfreudigkeit zu aktuell-politischen Fragen zugenommen hat“ und die Genossen mit Problemerkörterungen

¹⁹ Zu den verschiedenen Initiativen und Diskussionen zwischen April und Dezember 1990 vgl. ebenda, Dokumente Nr. 149-209 (S. 229-299)

²⁰ Zum Jenaer Abwicklungsprozess vgl. ebenda, Dokumente Nr. 210-257 (S. 299-367).

²¹ Dazu Charles S. Maier: „Unabhängig von allen guten Absichten, alle ‚Säuberungen‘ haben etwas strukturell Willkürliches; das war selbst bei der Entnazifizierung vor vierzig Jahren nicht anders.“ Maier, Verschwinden, S. 466.

„drängender und schärfer“ denn je konfrontiert würden. Allerdings sei es den Parteiarbeitern kaum mehr möglich, diese Diskussionen „für die Durchsetzung unserer politischen Ziele hinreichend fruchtbar“ zu machen. Die UPL stellte sogar eine Angst vor ausufernden Diskussionen bei den Genossen fest.²²

Das galt nicht zuletzt für die Mitarbeiter des MLG selbst. Dass sich viele Gesellschaftswissenschaftler als „abwartende Beobachter“ verhielten, wurde ebenso moniert wie die Tatsache, dass ein einheitliches und geschlossenes Handeln „bis hin in unsere gesellschaftswissenschaftlichen Kernsektionen“ nicht mehr gewährleistet sei.²³ Tatsächlich war in der Sektion Marxismus-Leninismus „eine ziemliche politische Unruhe“ eingezogen.²⁴ Die UPL, die inzwischen überall die Konterrevolution am Werke sah, warf besonders den Genossen dieser Sektion mangelnde Wachsamkeit vor.²⁵ Angesichts derartiger Vorhaltungen dominierte bei denen wiederum der Eindruck, man dürfe „ja nicht mal in der Parteiversammlung seinen Mund aufmachen“.²⁶

So begann das neue Studienjahr. In den Einführungsveranstaltungen, der sogenannten roten Woche, und im anlaufenden Grundlagenstudium mühten sich die Genossen redlich, „vernünftige Argumente zu finden, um gegenüber den Studenten bestehen zu können“.²⁷ Aber das konnte in dieser Situation kein erfolgversprechendes Unterfangen sein. Dafür fehlten ihnen allein schon präzise Informationen – etwa über das Programm des Neuen Forums oder seine führenden Vertreter. Von Partei- und Sektionsleitung bekamen sie die bankrottartige Weisung, sie sollten sich „selber einen Kopf machen“, in den Gesprächen mit Studenten „sehr flexibel“ reagieren und „günstigere Argumente“ als die offiziellen finden.²⁸

Die wirkliche Stimmungslage konterkarierte von vornherein das erklärte Ziel der politischen Einführungswoche, „allen Studenten die Politik von

²² Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt (ThStA Rud), SED-BPA Gera, UPL Jena, Nr. 2590, Bl. 177. Kampfkraftanalyse der Universitätsparteileitung vom 15. August 1989.

²³ Ebd., Bl. 182

²⁴ Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Außenstelle Gera (BStU, Ast. Gera), X 243/62, Bd. II, 6, Bl. 357. Informationsbericht des IM „Richard Horn“ zur Situation an der Sektion ML vom 16. Juni 1989.

²⁵ Ebenda, Bl. 358.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda, Bl. 385. Aktuelle Stimmungen und Meinungen an der FSU. Bericht des IM „Richard Horn“ vom 29. September 1989.

²⁸ Ebenda, Bl. 386; vgl. dazu das für Rostock zusammengetragene Material von Karl Wockenfuß: Streng vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989, 2. erweiterte und ergänzte Aufl. Rostock 2002, S. 210ff.

Partei und Regierung an aktuellen Grundfragen unserer Zeit gründlich zu erläutern“ um deren „Verbundenheit mit dem Sozialismus weiter auszuprägen“. ²⁹ Dafür war es längst zu spät. Häufig nahmen die Studenten an solchen Veranstaltungen gar nicht mehr teil ³⁰, gab es doch trotz der Krise auch weiterhin Vorträge, die „vor 20 Jahren nicht anders gehalten worden“ wären und „Desinteresse und Undiszipliniertheit“ geradezu herausforderten. ³¹

Ähnlich erging es den Vorlesungen und Seminaren des Grundlagenstudiums. Dort wurde zunächst noch zaghaft, dann – parallel zur Liberalisierung im Land – immer lauter der Dialog gefordert. „Wir haben sie in der Dialektik erzogen, nun wünschen die das dialektische Gespräch“, musste der Rektor feststellen. ³² Auf (herrschafts-)freien Meinungs Austausch und Dialogfieber war das MLG allerdings nicht geeicht. Bei vielen Genossen dominierte zudem noch immer die Sorge, „bei offener Darlegung der eigenen Meinung möglicherweise auf bestimmte Unterschiede zur veröffentlichten Linie von Partei und Regierung zu stoßen“. ³³ Einige fühlten sich angesichts aggressiver Debatten in die „Rolle eines Angeklagten bzw. auf eine Defensivposition gedrängt“. ³⁴ Andere wiederum gingen rhetorisch in die Offensive und bekannten ihre Mitschuld an der desaströsen Lage in der DDR. „Wir stehen in einer Reihe mit denen, die sich als nicht fähig erwiesen haben, auf die neuen Bedingungen zu reagieren“, formulierte Ludwig Elm, Professor für Wissenschaftlichen Sozialismus, auf einer Aktivtagung der Universitätsparteiorganisation Ende Oktober, ließ aber offen, welche Konsequenzen er und seine Kollegen daraus zu ziehen gedachten. ³⁵

Das Grundlagenstudium – und mit ihm die Sektion Marxismus-Leninismus – befand sich in einem zur „politischen Bewährungssituation“ ³⁶ stilisierten Zustand der Agonie. Als repressives Instrument der Partei verlor es

²⁹ ThStA Rud., SED-BPA Gera, UPL Jena, Nr. 2509, Bl. 66. Einschätzung der 1. Studienwoche für das Studienjahr 1989/90 vom 4. Oktober 1989.

³⁰ Den Berichten aus den Sektionen zufolge schwankte die Teilnehmerzahl zwischen 25% und 90%. Ebenda, Bl. 68.

³¹ Ebenda, Bl. 67.

³² „Wir sind eine arbeitende Universität!“. Gedanken von Prof. Dr. Hans Schmigalla, in: Sozialistische Universität vom 18. Oktober 1989.

³³ Stiftung Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30, Nr. 8648, unpag. Informationsbericht der UPL Jena vom 12. Oktober 1989.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Für die politische Wende, die Erneuerung des Sozialismus und der SED, in: Sozialistische Universität vom 13. November 1989

³⁶ SAPMO-BArch, DY 30, Nr. 8648, unpag. Informationsbericht der UPL Jena vom 12. Oktober 1989.

innerhalb weniger Wochen den letzten Rest seines Drohpotentials und fiel als erste Bastion der sozialistischen Hochschule. Wann genau im (Spät-) Herbst die Pflichtveranstaltungen in Jena aussetzten, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. So breit man über die verschiedenen Stufen der Einführung des obligatorischen Ideologiestudiums in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren referieren kann, so lapidar muss man für sein schnelles Ende konstatieren: Auf einmal war Schluss. Ohne offiziellen Beschluss setzten die Lektionen aus.³⁷

Die ihrer offiziellen Parteiaufgabe plötzlich verlustig gegangenen Mitarbeiter der Sektion Marxismus-Leninismus begannen nun ihrerseits, so die Situation sie nicht gänzlich lähmte, Überlegungen zur Umgestaltung des MLG zu ventilieren, die in Richtung eines wahlobligatorischen Studium generale wiesen. Noch schien Einigkeit über die Notwendigkeit solcher Veranstaltungen zu herrschen. Dass sich das „bewährte“ Lehrpersonal für deren Durchführung empfehlen zu können glaubte, durfte niemanden überraschen.

Frank Haney etwa, Oberassistent im Sektionsbereich Dialektischer und Historischer Materialismus, sah nunmehr die Möglichkeit gekommen, „mit der materialistischen Dialektik als Theorie und Methode wirklich ernst zu machen“ und mit ihren Mitteln „Zukunft [zu] entwerfen“. Die „vornehmste Aufgabe des MLG“ müsse es nun sein, „eine an dialektischer Philosophie orientierte geistige Kultur in allen gesellschaftlichen Bereichen zu etablieren“.³⁸

Ebenso wie Haney's Positionen zur Zukunft des Grundlagenstudiums lavierten die konzeptionellen Überlegungen des langjährigen Sektionsdirektors Ludwig Heß zwischen der Einsicht, dass ein obligatorisches ML-Studium nicht mehr zu rechtfertigen sei und dem Beharren auf seiner unbedingten Notwendigkeit. Der Marxismus-Leninismus könne „ebensowenig staatlich verordnet werden wie die Führungsrolle der SED“ ließ Heß verlauten. Stattdessen schlug er seine Ersetzung vor „durch ein möglichst breites und differenziertes Angebot marxistisch-leninistischer Bildungsveranstaltungen, für die sich Studenten, Doktoranden und Wissenschaftler wirklich interessieren“. Deswegen sollten nach seiner Vorstellung künftig „nichtmarxistische Wissenschaftler“ einbezogen werden, vorausgesetzt, sie seien „inhaltlich dem Frieden, dem Humanismus, dem neuen Denken, dem

³⁷ Interessanterweise taucht der Problembereich „Grundlagenstudium“ in den vielen Verlautbarungen und Stellungnahmen höchst selten auf. Man kann beinahe den Eindruck gewinnen, als hätte es nie existiert, so „selbstverständlich“ war für alle Seiten sein Ende.

³⁸ Mein Standpunkt zum marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, ohne Datum (1989). Städtische Museen Jena, Materialien zur Wende, Karton 5.

sozialen Fortschritt und der Freundschaft zwischen allen Völkern verpflichtet“. Heß maß nunmehr dem „Recht auf eigene Weltanschauung und politische Standpunkte“ Priorität bei und votierte gegen jedwede Zensur. Das Fach Marxismus-Leninismus dürfe in Zukunft kein Bestandteil „des Staatsexamens, des Diploms und keine notwendige Bedingung für die Eröffnung des Promotionsverfahrens“ sein. Damit gab der vormalige Lehrstuhlinhaber für Wissenschaftlichen Kommunismus den Ausschließlichkeitsanspruch und das Wahrheitsmonopol des Marxismus-Leninismus preis und erklärte das Grundlagenstudium für obsolet. Doch konterkarierte er sogleich seinen aufgesetzten Liberalismus. Die „schöpferische Aneignung“ der kommunistischen Ideologie müsse weiterhin ein „notwendiger, unverzichtbarer, nicht austauschbarer Bestandteil und Bedingung der Bildung, der Selbstbestimmung und der Kreativität der Studenten, Doktoranden und Wissenschaftler“ bleiben. Dementsprechend gestand er den ML-Sektionen „ihren festen Platz“ an den Universitäten zu, betonte ihren „hohen Stellenwert“ und vergaß nicht, „mit hoher Dringlichkeit eine moderne materiell-technische Ausstattung“ zu fordern.³⁹

Solche hastig formulierten Vorschläge führten die eigentliche Orientierungslosigkeit eindrücklich vor Augen. Denn unbeantwortet blieb die entscheidende Frage, wie eine nicht erst seit eben diskreditierte Weltanschauung, die prinzipiell und essentiell am Tropf der kommunistischen Partei hing, nach dem Machtverlust der SED als Leitideologie überlebensfähig sein sollte – ganz zu schweigen von der zweifelhaften Attraktivität jedweden Pflichtstudiums oder der ebenso zweifelhaften Bürgerschaft alter Kader für dessen Weltoffenheit. Dass sich derart unausgegorene Ideen, die im Kern auf einen modifizierten Weiterbetrieb des MLG hinausliefen, nicht mehr ohne weiteres exekutieren ließen, zeigte das Beispiel der Universität Greifswald. Als dort im Dezember 1989 das Gerücht die Runde machte, das eben abgeschaffte Grundlagenstudium würde wieder eingeführt, blockierten aufgebrachte Studenten in großer Zahl das Rektorat so lange, bis man ihnen verbindlich zusicherte, dass es keine Fortsetzung des Weltanschauungsunterrichts geben werde.⁴⁰

In Jena sprachen sich Mitte November Physik-Studenten in einem offenen Brief gegen das Pflichtfach in seiner bisherigen Form aus, meldeten aber Interesse an verschiedenen Vorlesungsreihen etwa zur Philosophiegeschichte, Sozialpsychologie, europäischer Geschichte bis 1850 oder Rechts-

³⁹ Universitätsarchiv Jena (UAJ), VA, Nr. 5314, unpag. „Positionen zur Gestaltung der Lehre und des Studiums des Marxismus-Leninismus an den Universitäten und Hochschulen der DDR“ von Ludwig Heß, ohne Datum.

⁴⁰ Chronik der Wende, Videoproduktion der ARD 1994, Kalenderblatt vom 12. Dezember 1989.

fragen an.⁴¹ Ein solches Wunschprogramm sprengte freilich die Kapazitäten der Sektion Marxismus-Leninismus und brach mit der bisherigen Tradition. Darauf legten auch die Reformer der ADEH in ihren Überlegungen großen Wert. Es sollte eben nicht so sein, dass ein Studium generale das Grundlagenstudium „einfach ummodellt“ oder „unter ein anderes weltanschauliches Kennzeichen setzt“ – ein neues allgemeines Vorlesungsangebot müsse die bisherige doktrinaire Ausbildung „grundsätzlich ablös[en]“. Schließlich dürfe die Einführung eines Studium generale nicht dem Zweck dienen, „Arbeitsmöglichkeiten für bisher im Lehrbereich Marxismus-Leninismus tätige und dort nicht mehr benötigte Lehrkräfte zu schaffen“.⁴²

III. Etikettenwechsel: Von der Sektion Marxismus-Leninismus zur Sektion Sozial- und Politikwissenschaften

Marxistisch-leninistisch imprägnierte Disziplinen wie Philosophie, Geschichte, Literatur- oder Rechtswissenschaft konnten trotz aller Schwierigkeiten die neue Situation als Chance begreifen, sich von der jahrzehntelangen ideologischen Ummantelung zu befreien und zu internationalen Standards zurückzukehren. Aber wo war langfristig nach der ideologischen Drainage noch Platz für eine Sektion Marxismus-Leninismus, die synonym wie keine andere Institution für das gefesselte Denken an den DDR-Hochschulen stand?⁴³

In einer Sitzung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät Anfang Dezember 1989 referierte Ludwig Elm, Professor für Wissenschaftlichen Sozialismus, über Möglichkeiten des strukturellen Umbaus seiner Sektion und schlug zudem die Neuetikettierung des Hauses als Sektion Sozial- und Politikwissenschaften vor. Dort sollten künftig die Sozialismusforschung, der Dialektische Materialismus, Ethik und Soziologie aufgehoben sein, eventuell auch die Politische Ökonomie, falls ihre Eingliederung in die Wirtschaftswissenschaften nicht sinnvoller sei. Die seit den sechziger Jahren bestehende Forschungsgruppe „Philosophische Fragen der Naturwissenschaften“ konnte nach Elms Vorstellungen den entsprechenden Fachsektionen zugeschlagen werden, so wie eine Arbeitsgruppe, die im Rahmen der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) mit Editionsarbeiten beschäftigt

⁴¹ Erklärung des 2. Studienjahres Physik/Diplom zum marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium vom 15. November 1989, in: Sozialistische Universität vom 8. Dezember 1989.

⁴² UAJ, VA/II, Nr. 51, unpag. Überlegungen zu einem Studium generale, Januar 1990.

⁴³ Vgl. Christa und Dieter Horenburg: Gefesseltes Denken. Einige Gedanken zum Ideologiekonflikt in der DDR, Frankfurt/M. 1990.

war, künftig an der Sektion Geschichte anzusiedeln sei. Für seine eigene, mit großem Aufwand betriebene Konservatismusforschung empfahl Elm die Einrichtung eines interdisziplinären Zentrums, eventuell im Hause der Philosophie. Laut Protokoll gab es im Anschluss an diese Ausführungen eine heftige Diskussion über das künftige Profil der Gesellschaftswissenschaften überhaupt.⁴⁴

Obwohl nicht einmal ein schlüssiges Konzept vorlag, befürwortete der Senat am 19. Dezember die Auflösung der Sektion Marxismus-Leninismus und ihre Neugründung als Sektion Sozial- und Politikwissenschaften zum 1. Januar 1990. Ferner wurde beschlossen, das Interdisziplinäre Zentrum für Konservatismusforschung als eine direkt dem Rektor unterstellte Abteilung fortzuführen und die Forschungsgruppe „Philosophische Probleme der Naturwissenschaften“ in die Sektion Philosophie einzugliedern. Für die MEGA-Arbeitsgruppe stand dagegen noch eine vertretbare Lösung aus.⁴⁵

Als die ADEH von diesen weitreichenden Beschlüssen erfuhr, protestierte deren Sprecher Dietfried Jorke beim Rektor, da angesichts der „großen Bedeutung, die dieser Vorgang vor allem inhaltlich, aber auch strukturell für die gesamte Universität hat“, die Diskussion darüber in allen Bereichen vonnöten sei. „Schließlich geht es um die Bewältigung einer bedrückenden Vergangenheit, aus der wir uns nicht leise entfernen können“, betonte Jorke. Er forderte zwecks breiter Meinungsbildung wenigstens ein Gespräch dazu im Plenum des Wissenschaftlichen Rates.⁴⁶

Derartige Namenswechsel begleiteten die Orientierungsversuche aller ostdeutschen Universitäten. Ausnahmslos jede Sektion für Marxismus-Leninismus suchte und fand schon bald nach dem Mauerfall eine wohlklingende Bezeichnung für ihre Institution. In Leipzig firmierte die Parteieinrichtung schon ab November als Sektion Gesellschaftstheorien, in Freiberg als Sektion Sozialwissenschaften, in Berlin dagegen zergliederte sie sich in die Institute für Zivilisationsforschung, für Friedens- und Konfliktforschung und für Politikwissenschaft.⁴⁷ Die Hochschulreformer witterten

⁴⁴ UAJ, WR, Nr. 30, unpag. Niederschrift über die Sitzung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 5. Dezember 1989.

⁴⁵ Mitteilung über die Senatssitzung vom 19. Dezember 1989, in: Informationen der FSU, Nr. 62. UAJ, T/VI, Nr. 5.

⁴⁶ UAJ, VA/II, Nr. 51, unpag. Dietfried Jorke an Hans Schmigalla vom 8. Januar 1990.

⁴⁷ Vgl. Peer Pasternack: „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995, Weinheim 1999, S. 140, S. 244; zu Freiberg vgl. Frank Richter: Zur Geschichte des Marxismus-Leninismus an der Bergakademie von 1965 bis 1990, in: Technische Universität Bergakademie Freiberg. Festgabe zum 300. Jahrestag der Gründung der Stipendienkasse für die akademische Ausbildung im Berg- und Hüttenfach zu Freiberg in Sachsen, hrsg. vom Rektor der TU BA Freiberg, Freiberg 2002, S. 377-394, hier S. 390.

dahinter eher einen eklatanten Etikettenschwindel als die tatsächliche Neuorientierung, zumal an der fachlichen Kompetenz vieler Mitarbeiter gezweifelt werden durfte. Die Umberufungsvorschläge aus der neuen Jenaer Sektion Sozial- und Politikwissenschaften Anfang 1990 nährten diesen Verdacht. Die Sektion beantragte die nachstehenden Titel für ihre Dozenten⁴⁸:

Vorhandene Lehrstühle (LS) und Dozenten (Doz.)	Dem Rektor wird empfohlen Umbenennung in:
LS Wissenschaftlicher Kommunismus	Soziologie
LS Wissenschaftlicher Kommunismus	Politikwissenschaft
Doz. Wissenschaftlicher Kommunismus	Politikwissenschaft (Politische Geographie)
Doz. Wissenschaftlicher Kommunismus	Agrarsoziologie
LS Dialektischer Materialismus	Geschichts- und Sozialphilosophie
LS Dialektischer Materialismus	Sozialanthropologie
LS Dialektischer Materialismus	Ethik
LS Politische Ökonomie	Volkswirtschaftslehre
Doz. Dialektischer Materialismus	Religionstheorie
Doz. Marx.-len. Kulturtheorie	Kultursoziologie

Die ausgegliederte Konservatismusforschung unter Leitung von Ludwig Elm, die nun als Abteilung für Vergleichende Ideengeschichte firmierte, stand dem nicht nach und äußerte die folgenden Wünsche⁴⁹:

Bisher	Neu
Wissenschaftlicher Sozialismus	Geschichte der politischen Ideen
Politische Ökonomie	Volkswirtschaftslehre
Wissenschaftlicher Kommunismus	Geschichte der politische Ideen
Politische Ökonomie	Theorie der Wirtschaftssysteme
Politische Ökonomie	Volkswirtschaftslehre (USA)
Politische Ökonomie	Weltwirtschaft
Wissenschaftlicher Kommunismus	Theorie der politischen Beziehungen
Geschichte der Arbeiterbewegung	Geschichte der politischen Bewegungen
Politische Ökonomie	Weltwirtschaft
Wissenschaftlicher Kommunismus	Theorie der internationalen (politischen) Beziehungen

⁴⁸ UAJ, M/I, Nr. 70, unpag. Umberufungsvorschläge vom 27. Februar 1990. – Die Namen wurden aus Gründen des Datenschutzes nicht genannt.

⁴⁹ Ebenda.

Am 6. Februar 1990 lag den – inzwischen auf Betreiben der ADEH neu gewählten – wissenschaftlichen Räten der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät eine erste Wissenschaftskonzeption vor, die sofort diskutiert wurde, in der eingebrachten Fassung aber keine Zustimmung fand. Die Vorlage suggeriere „zu stark ein gewisses Endstadium“ und verdeutliche „zu wenig die Probleme und Lösungsansätze der Aufbauphase in den nächsten zwei Jahren“, fasste der Dekan die Kritik zusammen und mahnte des Weiteren „eine größere Nüchternheit und eine ausgeprägte Realitätsnähe bezüglich der materiellen [und] personellen Bedingungen“ an, zumal „nicht die Anzahl von Studenten an vergleichbaren Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich als Vergleich“ stehen könne.⁵⁰

Das Konzept – immerhin die erste „offizielle“ schriftliche Äußerung nach dem Namenswechsel – warf über diese vergleichsweise harmlosen Einwände eine Reihe von Fragen auf.⁵¹ Die neue Sektion, die nun antrat, „um empfindliche Lücken“ in der Disziplinstruktur der Universität zu schließen, reihte sich nicht nur ganz selbstverständlich in eine lange, im Jahre 1717 einsetzende sozialwissenschaftliche Tradition⁵² in Jena ein, sondern empfahl sich ebenso selbstverständlich als theoretische Begleiterin der Wandlungs- und Demokratisierungsprozesse. Mit keinem Wort fand hingegen das schwere kommunistische Erbe der Sektion Erwähnung. Zwar wird der „DDR-Provinzialismus“ in der Wissenschaft beklagt, der „erhebliche Rückstände zum internationalen Forschungsstand“ provozierte. Es fehlt auch nicht der Hinweis auf jene kultur- und sozialwissenschaftlichen Bereiche, in denen „kaum geforscht, fast nie gelehrt“ wurde, weswegen den Lehrenden „wichtige Qualifikationen“ fehlen würden, was schließlich nur „lehrend und forschend“ überwunden werden könne. Dies waren aber fast die einzigen (selbst-)kritischen Einlassungen. Nur wenige Wochen nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes fällt zudem das Fehlen jeglicher marxistisch-leninistischer Terminologie auf. Nirgendwo gab es einen Bezug auf die kommunistischen Traditionen. Allenfalls zwischen den Zeilen blitz-

⁵⁰ Ebenda, WR, Nr. 30, unpag. Protokoll der Sitzung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 6. Februar 1990.

⁵¹ Wissenschaftskonzeption der Sektion Sozial- und Politikwissenschaften. Vorlage für die Sitzung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 6. Februar 1990. Privatbesitz des Verfassers.

⁵² Die zweite Fassung dieses Konzepts vom April 1990 ließ die sozialwissenschaftliche Tradition in Jena gar 1587 mit einem Lehrstuhl für Moral und Politik beginnen und in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam enden – freilich ohne zu erwähnen, dass diese Linie unterbrochen wurde, um eine neue, marxistisch-leninistische Überlieferung zu begründen. Vgl. Wissenschaftskonzeption der Sektion Sozial- und Politikwissenschaften. Vorlage für die Sitzung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 10. April 1990. Privatbesitz des Verfassers.

te der eben erst geopferte alleinige weltanschauliche Sinngebungs- und Erklärungsanspruch auf. So wurde etwa unterstellt, dass der Einzelne im Wandlungsprozess „in erhöhtem Maße die Beratung für die selbständige Gestaltung seines individuellen Lebensprozesses wünscht und braucht“ oder dass die harmonisierende Suche nach dem „Gemeinsamen in der Vielfalt und im Konflikt der Interessen der vielfältigen Subjekte [...] für die Demokratie und Humanisierung des sozialen und politischen Lebens konstitutiv“ sei. Abgesehen von solchen, verschieden interpretierbaren Einsprengseln wurden entideologisierte Forschungs- und Ausbildungsprofile für Sozialwirte, Sozialarbeiter, Soziologen und Politologen entworfen, denen Personalvorstellungen entlang des vorhandenen Mitarbeiterpotentials zugrunde lagen. Die neue Sektion sollte organisatorisch aus den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie/Ethik und Politische Ökonomie/Volkswirtschaftslehre bestehen – mit eben jenen oben genannten opportunen Lehrstuhl- und Dozenturbezeichnungen.⁵³

Die überarbeitete Fassung vom April 1990 ließ im Gegensatz zum glatten und offensiven ersten Entwurf größeres Problembewusstsein erkennen. Die „subjektiven Voraussetzungen“ der Mitarbeiter wurden als differenziert beschrieben, doch wäre die Mehrzahl „durch ihren Studiengang sowie durch eigene Forschungen, Qualifizierungsschriften und Publikationen disponiert sowie motiviert, sich in die komplizierten Aufgaben des Neubeginns in der Gesellschaft und in der Sozialwissenschaft einzuarbeiten“. Das klang defensiv. Allerdings hatte sich auch die politische Lage inzwischen grundlegend gewandelt. Die Geschicke der Universität lagen nunmehr in den Händen einer demokratisch legitimierten und vor allem reformeifrigen Leitung. Außerdem waren die Weichen nach der Volkskammerwahl vom März 1990 klar in Richtung Deutsche Einheit gestellt. So trägt die Einsicht, dass der real existierende Sozialismus „unter den Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht imstande ist, sozialen Fortschritt zu gewährleisten“, durchaus ambivalente Züge. Dennoch trübte der eigene – theoretische wie praktische – Anteil an dieser Misere keineswegs den Optimismus, für die „sachkundige Bewältigung“ der Wendeprozesse „eine neue komplexe sozial- und politikwissenschaftliche Ausbildung für Fachleute“ einrichten zu können, die dann „sowohl zur theoretischen Bearbeitung als auch zur praktischen Bewältigung sozialer und politischer Probleme im demokratischen Erneuerungsprozess beizutragen befähigt sind“. Es bereitete offenbar nur geringe Schwierigkeiten, innerhalb weniger Monate jahr-

⁵³ Wissenschaftskonzeption der Sektion Sozial- und Politikwissenschaften. Vorlage für die Sitzung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 6. Februar 1990. Privatbesitz des Verfassers.

zehntelang vertretene Grundsätze über Bord zu werfen und nun ein gänzlich anderes Erziehungsleitbild auszurufen.⁵⁴

Die neue Konzeption wartete mit einer Reihe namhafter bundesdeutscher Wissenschaftler auf,⁵⁵ die ihre Bereitschaft zur Aufbauhilfe erklärt hatten, häufig ohne zu wissen, dass es sich um die ehemalige ML-Sektion handelte. Bei der Umsetzung der ehrgeizigen Vorstellungen kam man jedoch nur mühsam voran. Der neue Rektor Ernst Schmutzer zeigte zwar Interesse am Aufbau eines neuen Studienganges, doch der diffizile ostdeutsche Ausnahmezustand zwischen Frühjahr und Herbst 1990 erlaubte keine großen organisatorischen Sprünge. Schmutzer initiierte im Sommer des Jahres zumindest Arbeitsgruppen, paritätisch mit Wissenschaftlern aus Ost und West besetzt, von denen eine den Neuaufbau des Politik- und Sozialwissenschaften beraten sollte. Im Dezember lag zumindest eine Art Arbeits- und Ergebnisbericht vor.⁵⁶ Doch machte der Thüringer Abwicklungsbeschluss schließlich alle Hoffnungen der verbliebenen, funktionslosen Marxisten-Leninisten auf Integration in den neuen Universitätsbetrieb zunichte – „und damit war auch die Kommission weg“⁵⁷.

IV. Der Abberufungsbeschluss vom Mai 1990

Bereits Mitte 1990 bekamen die Bemühungen um ein neues Profil einen kräftigen Dämpfer versetzt. Am 23. Mai 1990 erreichte alle Universitäten und Hochschulen der DDR ein Telegramm, das über den Beschluss des Ministerrates zur Abberufung aller ML-Hochschullehrer informierte. Die freigewordenen Lehrstühle sollten neu definiert, ausgeschrieben und besetzt werden. Mit den Hochschullehrern seien hingegen Vereinbarungen zu treffen, die „ein neues arbeitsrechtsverhaeltnis, den vorruhestand bzw. die

⁵⁴ Wissenschaftskonzeption der Sektion Sozial- und Politikwissenschaften. Vorlage für die Sitzung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 10. April 1990.

Privatbesitz des Verfassers.

⁵⁵ Darunter etwa Volker Rittberger (Tübingen), Gerd Meyer (Tübingen), Günter Büschges (Erlangen-Nürnberg) oder Wolf Rosenbaum (Göttingen), der später als Gründungsbeauftragter für den Bereich Sozialwissenschaften in Jena fungierte.

⁵⁶ Der erste Teil des Berichtes betonte die unbedingte Notwendigkeit unabhängiger Sozialwissenschaften im Gefüge einer Voll-Universität. Im zweiten Teil wurden Vorschläge zum konkreten Aufbau (inklusive Stellenplan) gemacht. Vgl. Ergebnisse der Arbeit der Kommission zum Aufbau der Sozialwissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Kopie im Privatbesitz des Verfassers.

⁵⁷ Rainer Land: Abwicklung und Neugründung. Gespräche an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: Berliner Debatte Initial 4/1992, S.11-30, S. 12.

berentung“ begründen.⁵⁸ Dieser Beschluss bedeutete nicht nur den „ersten Außeneingriff in den universitären Personalumbau“ sondern auch gleichsam die erste Abwicklungswelle.⁵⁹ Als „notwendige Maßnahme in einer außergewöhnlichen Situation“⁶⁰ gedacht, durfte der Minister mit dem prinzipiellen Einverständnis der neuen Jenaer Universitätsleitung rechnen. Zwar fehlten weder der Hinweis auf die Notwendigkeit der Wahrung weltanschaulicher Pluralität noch das Zugeständnis zur Umberufung im Einzelfall, doch ließ der Duktus keinen Zweifel am ministeriellen Willen zur Rosskur.⁶¹

Ende Juni setzte der Jenaer Senat einen zeitweiligen Sonderausschuss unter Leitung des Dekans der Theologischen Fakultät, Joachim Conrad, ein. Dieser Ausschuss sollte die vorhandenen Unterlagen sichten und unabhängige auswärtige Gutachten einholen, um dann Empfehlungen über das weitere Verbleiben der 32 betroffenen ML-Dozenten aussprechen zu können. Das Schicksal der übrigen etwa 90 Mitarbeiter im sogenannten Mittelbau blieb davon unberührt und weiterhin offen.⁶² Da es inzwischen dringende Nachfragen gab, wo denn die Sektion Sozial- und Politikwissenschaften und die Abteilung für Vergleichende Ideengeschichte bei der Renaissance der Fakultäts- und Institutsstruktur einzuordnen seien, erklärte der Senat diese kurzerhand bis zur Klärung zu einem institutionellen Sonderbereich.⁶³

Der deutlich um Integration bemühte Rektor sorgte für Irritationen, als er ohne Prüfung oder Absprache dem Minister nach Gesprächen mit ehemaligen ML-Dozenten sechs Namen für etwaige Umberufungen ins Spiel brachte und sich für die Möglichkeit der fachlichen Umorientierung bei „einigen ML-Hochschullehrern mittleren Alters“ aussprach. Weiterhin verwies er auf den Umstand, dass bei Abberufung aller betroffenen Hochschullehrer die Sektion nur aus (Ober-)Assistenten und technischem Personal mit insgesamt 55 Mitarbeitern bestünde. Er bat sich Zeit aus, um genü-

⁵⁸ Telegramm des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 23. Mai 1990, in: Gottwald/Ploenus, *Aufbruch*, Dokument Nr. 157 (S. 243f.).

⁵⁹ Pasternack, „Demokratische Erneuerung“, S. 140.

⁶⁰ Brief des Ministers für Bildung und Wissenschaft an den Rektor der FSU Jena vom 7. Juni 1990. Zur Verfügung gestellt von Klaus Kübel.

⁶¹ Vgl. ebenda.

⁶² Zu diesem Komplex wurde Ende August 1990 ein weiterer Senatsausschuss gebildet. Vgl. UAJ, VA, Nr. 5552, unpag. Protokoll der außerordentlichen Senatssitzung vom 21. August 1990.

⁶³ Vgl. *Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung*, in: *Alma mater Jenensis* vom 3. September 1990.

gend Gutachten einholen und auswerten zu können.⁶⁴ Die Absicht von Rektor und Senat, bei westdeutschen Fachleuten Gutachten über die wissenschaftliche Qualifikation der ML-Dozenten einzuholen, löste bei diesen wiederum Unruhe aus.⁶⁵

Die Expertisen der mehrheitlich „linken“ Wissenschaftler waren jedoch eher wohlwollend. Der Wiener Professor Karl Ucakar etwa zeigte sich von Qualität und Leitung der Abteilung für Vergleichende Ideengeschichte „tief beeindruckt“ und attestierte seinem Leiter Ludwig Elm, „trotz seiner Umfeldbedingungen immer einen korrekten, nachvollziehbaren und im wissenschaftlichen Sinn kritischen Standpunkt“ eingenommen zu haben.⁶⁶ Allerdings bemühten sich ML-Dozenten auch selbst um gefällige „Expertisen“, wie sich der Göttinger Universitätsprofessor Wolf Rosenbaum erinnert:

„Dann stellte sich aber im Laufe von 1990 heraus, dass damals noch die DDR-Regierung in Berlin plante, diese ganzen Sektionen schlicht aufzulösen. Sie kamen dann ganz aufgeregt nach Göttingen und wollten von uns fachliche Persilscheine haben. Das war schon recht unangenehm. Wir haben dann gesagt: unaufgefordert machen wir das nicht. Und dazu müsstet ihr uns Eure Schriften geben. Einige haben mir solche Texte gegeben, - na ja [...] Die waren sehr sympathisch, aber irgendwo waren sie auch ziemlich abgeschnitten vom Westen, von der westlichen Soziologie und Politikwissenschaft.“⁶⁷

Zur Sitzung des Senats am 21. August 1990 lagen erste Anregungen des Sonderausschusses vor, die als Grundsatzempfehlungen zu verstehen waren. Der Arbeitskreis benannte für seine an der wissenschaftlichen Kompetenz orientierten Vorschläge folgende Kriterien: eine „angemessene Zahl“ an Publikationen in anerkannten Fachorganen „und nicht nur in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der eigenen Hochschule“, spezielle Forschungsgebiete mit Kenntnis der einschlägigen internationalen Literatur sowie der „Ausweis von Spezialgebieten, auf denen durch intensive Einarbeitung ein rascher Anschluss an den internationalen Standard erzielt werden kann“, ferner gegebenenfalls Auslandserfahrungen und die Promotion B bzw. die Habilitation.⁶⁸ So selbstverständlich solche Kriterien für die

⁶⁴ UAJ, VA/II, Nr. 155, unpag. Rektor der FSU Jena an den Minister für Bildung und Wissenschaft vom 29. Juni 1990.

⁶⁵ Vgl. ebenda, Nr. 158, unpag. Hier das Schreiben eines Betroffenen an den Rektor der FSU Jena vom 18. Juni 1990.

⁶⁶ Ludwig Elm: Liberal? Konservativ? Sozialistisch? Beiträge im Widerstreit politischer Ideen und Wirklichkeiten. Biblio- und Biographisches 1934-2004, Jena 2004, S. 91.

⁶⁷ Zitiert nach Land, Abwicklung und Neugründung, S. 12.

⁶⁸ UAJ, VA, Nr. 5552, unpag. Vorlage des zeitweiligen Senatsausschusses für die Abberufung der Hochschullehrer der ehemaligen Sektion Marxismus-Leninismus vom 15. August 1990.

Begründung universitärer Arbeitsverhältnisse erscheinen mögen, das daraus gestrickte Rettungsnetz hatte für die meisten Mitarbeiter zu große Maschen. Nur wenige kamen daher für eine Weiterbeschäftigung in Betracht. Für elf Dozenten schlug der Ausschuss die Versetzung in den Vorruhestand bzw. die Invalidisierung vor, weitere acht sollten zum Teil mit Vorbehalt als wissenschaftliche Mitarbeiter übernommen werden. Nur bei drei Kandidaten sei eine Umberufung angebracht. Die übrigen Personen kämen für eine Übernahme nicht in Frage. Ihnen sollte zumindest die Möglichkeit von Umschulungen eingeräumt werden.⁶⁹

Anfang September stand die Problematik zur Abstimmung auf der Agenda des Senats. In einem ersten geheimen Votum entschieden die Senatoren, Anträge für zwei Professoren auf ordentliche Dozenturen zu stellen und dem dritten aus diesem Kreise eine Oberassistentenstelle einzurichten. Von den Dozenten des MEGA-Projekts abgesehen, die man künftig als einfache wissenschaftliche Mitarbeiter weiterzubeschäftigen gedachte, hatte der Rektor für 13 weitere Personen befristete Assistenzen von einem Jahr empfohlen, was der Senat allerdings nicht unterstützte. Statt dessen wurde auch über diesen Personenkreis abgestimmt.

Am Schluss lautete die Bilanz: Von den 32 Hochschullehrern waren bereits zwölf durch Invalidisierung oder (Vor-)Ruhestandsregelungen ausgeschieden bzw. dafür vorgesehen (drei ordentliche Professoren, zwei außerordentliche Professoren, sieben ordentliche Dozenten). Von den 20 Verbliebenen kamen zwei für eine Dozentur in Frage, einer sollte zum Oberassistenten zurückgestuft und neun entlassen werden. Für die anderen sah man befristete Verträge vor.⁷⁰ Wie die einzelnen Voten verdeutlichen, wurde keineswegs pauschal entschieden. In den meisten Fällen herrschte erdrückende Einigkeit unter den Senatoren. Bei nur drei Abstimmungen gingen die Meinungen weiter auseinander. Anders dagegen verfuhr die Leipziger Universitätsleitung, die kommentarlose Namenslisten nach Berlin schickte, woraufhin der Minister unterschiedslos alle Hochschullehrer abberief.⁷¹

Die negative Evaluierung stieß bei den Betroffenen, wie nicht anders zu erwarten, auf Unverständnis. In einem Brief an das Thüringer Wissenschaftsministerium wehrte sich ein Leidtragender gegen den Vorwurf der fachlichen Inkompetenz. Doch gestand er als Mitarbeiter des MLG „politisch-moralische Mitverantwortung für gesellschaftliche Deformationen

⁶⁹ Vgl. ebenda.

⁷⁰ Ebenda, VA/II, Nr. 158, unpag. Rektoramt an das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft vom 25. September 1990. Die verschiedenen Berichte und Listen zu diesem Komplex differieren leicht.

⁷¹ Vgl. Pasternack, „Demokratische Erneuerung“, S. 141. Zur Verfahrensweise an der Berliner Humboldt-Universität vgl. ebenda, S. 244f.

und Fehlentwicklungen der Vergangenheit“ ein, die auf ihm und seinen Kollegen „stärker als auf Vertretern anderer Fachdisziplinen“ laste und die einer „offenen und konsequent kritischen Selbstsicht“ bedürften.⁷²

Das Engagement für den neuen Studiengang kaschierte nur notdürftig die existentiellen Zukunftssorgen vieler Lehrkräfte – besonders jener, die weder kurz- noch mittelfristig auf Vorruhestandsregelungen hoffen durften. Tatsächlich beschreibt die folgende Passage ein kollektives Problem, das den großen Mittelbau noch viel stärker betraf als den vergleichsweise kleinen Kreis der Dozenten:

„Ich gehöre zur Generation der heute Anfangvierzigjährigen, deren persönliche Entwicklung und Prägung, [...], grundhaft mit der Entwicklung der DDR verbunden war. Angesichts der Bilanz dieser Gesamtentwicklung aus heutiger Sicht ist es meines Erachtens andererseits eine berechnete Frage, ob man dieser Generation nicht die Chance einer persönlichen Neuorientierung gibt.“⁷³

Diese Kardinalfrage war jedoch keineswegs plötzlich aufgetreten, sondern bestand, im Grunde genommen, schon vom Herbst 1989 an, als mit dem abrupten Ende des Grundlagenstudiums für die meisten Mitarbeiter zugleich das sie legitimierende Stellenprofil radikal wegbrach.

V. Die endgültige Abwicklung

Die offizielle Positivliste des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 17. Dezember 1990 zur „Übernahme von Einrichtungen im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst durch das Land Thüringen“ zum 1. Januar 1991 beantwortete die Frage nach dem Verbleib der vormaligen SED-Propagandisten eindeutig – und endgültig. Lapidar heißt es dort: „Nicht übernommen in der bisherigen Form: Sektion Marxismus-Leninismus bzw. die Nachfolgeeinrichtungen Institut für Politikwissenschaft und Sozialwissenschaft und die Abteilung für Vergleichende Ideengeschichte [...] Abteilung Marx-Engels-Gesamtausgabe-Forschung (MEGA)“⁷⁴

Der Bescheid sah für die Mitarbeiter der betroffenen Einrichtungen die Möglichkeit einer sogenannten „Warteschleife“ bis zum 31. August vor. Bis dahin sollte deren fachliche Kompetenz eingeschätzt werden, um gegebene

⁷² UAJ, VA/II, Nr. 158, unpag. Brief an das Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst vom 31. Oktober 1990.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Ebenda, Nr. 67, unpag. Positivliste des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 17. Dezember 1990.

nenfalls ihre „Übernahme in neue Strukturen“⁷⁵ vorzunehmen. Doch während für einen Teil der Dozenten abgewickelter Sektionen wie Geschichte, Philosophie oder Erziehungswissenschaft wenigstens die vage Aussicht bestand, in den neuen Instituten unterzukommen, mussten die ehemaligen Parteiarbeiter selbst solche Hoffnungen fahren lassen. Die Schließung der Einrichtung stand unwiderruflich fest.

Nach dem Präludium vom Mai kam die Schließung allerdings nicht überraschend. Trotz der Bemühungen um ein neues Profil war man über erste zaghafte Schritte nicht hinausgekommen. Das Lehrpersonal spiegelte zudem „die Pluralität unterschiedlicher Strömungen und die Breite des Themenspektrum in den Disziplinen nicht einmal ansatzweise“ wider.⁷⁶ Reformen konnten von den verbliebenen ehemaligen ML-Dozenten folglich nur insofern erwartet werden, „wie sie diese Personen und ihre fachlichen Spezialisierungen nicht überflüssig machten“.⁷⁷ Schwerer als diese Unzulänglichkeiten aber wog, dass die Sektionen und Abteilungen für Marxismus-Leninismus wie keine anderen Einrichtungen für den delegitimierten DDR-Hochschulbetrieb und seine ideologischen Deformationen standen. Folglich durften und mussten alle Nachfolgeinstitutionen misstrauisch beäugt werden, selbst wenn dort der gute Wille zum Wandel vorhanden sein mochte. Nicht zufällig führten sie die Abwicklungslisten an. Konnten andere Bereiche wie die Rechtswissenschaften immerhin noch auf die Solidarität und moralische Unterstützung ihrer Studenten zählen, so blieben die versprengten Genossen auf sich allein gestellt und hatten keine Lobby – nicht einmal eine symbolische. Im Vorfeld der Abwicklung blieb es in der „Rumpfsektion“ und um sie herum daher recht ruhig.⁷⁸ Der allgemeine Tenor lautete: „Im Grunde ist es richtig, die alten Ex-MLer müssen weg.“⁷⁹ Hätte es auch nur ein „Opfer“ der strukturellen Erneuerung ostdeutscher Universitäten geben dürfen, es wäre in jedem Fall und an jeder Universität oder Hochschule ohne größere Diskussionen die ehemalige Sektion Marxismus-Leninismus bzw. ihre Konkursmasse gewesen.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Dies jedenfalls meint Wolf Rosenbaum mit Blick auf alle abgewickelten Bereiche. In besonderer Weise musste das für die Sektion Sozial- und Politikwissenschaften gelten. Wolf Rosenbaum: Die Erneuerung der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: Mayntz, Aufbruch, S. 61-82, hier S. 69.

⁷⁷ Ebenda, S. 70.

⁷⁸ Im Gegensatz zu den anderen bedrohten Sektionen sind dem Autor keine Protestbriefe oder Solidaritätsbekundungen bekannt. Vgl. dazu Gottwald/Ploenus, Aufbruch, Dokumente Nr. 210-247 (S. 299-356).

⁷⁹ Zitiert nach Land, Abwicklung und Neugründung, S. 14.

Ende Dezember 1990 reichte die Sektion vor dem Kreisgericht Gera-Stadt Klage gegen ihre Abwicklung ein.⁸⁰ Am 23. Mai 1991, auf den Tag genau ein Jahr nach dem Abberufungsbeschluss des DDR-Ministerrats, wurde die Klage als nicht begründet abgewiesen. Der Richter argumentierte unter anderem, die umbenannte Sektion sei als eine unmittelbare Nachfolgeeinrichtung der Sektion Marxismus-Leninismus zu begreifen, die ihrerseits in besonderer Weise zur Verbreitung staatstragender Ideologien beigetragen habe. Sie werde in Zukunft für eine freie Forschung und Lehre nicht mehr benötigt.⁸¹

Ein Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter konnte auf befristeten Stellen einige Monate weiterarbeiten, bis auch diese Arbeitsverhältnisse unwiderfürlich ausliefen. Die ehemaligen Hochschullehrer erhielten ihre Abberufungsurkunden zum 15. Januar 1991.⁸² Ein ehemaliger Dozent, dem der Vorschlag unterbreitet wurde, seinen Arbeitsvertrag bis Ende August zu verlängern, anerkannte in dem Angebot immerhin „das Bemühen um individuell differenzierte Entscheidungen im Rahmen grundsätzlicher hochschulpolitischer Veränderungen“.⁸³ Ein anderer, dessen Vertrag bis Ende August lief, beklagte dagegen schon im Mai, dass ihn die Ungewissheit einer Verlängerung zermürbe:

„Der dauernde Schwebzustand motiviert nicht zu zielstrebigem Arbeit. Bisher habe ich sorgfältig meine Lehrveranstaltungen vorbereitet, gehalten und auch Artikel zum Druck eingereicht. Ich gestehe, dass mein Elan nun auch nachlässt, wo weitere Arbeit nötig wäre, wo man Bücher kaufen sollte usw.“⁸⁴

Zugleich wies er auf seine altersbedingt prekäre Lage hin. Für den Betroffenen, immerhin ein Hochschullehrer mit langer Publikationsliste und Gastprofessuren im Ausland, der auch die Evaluierung positiv überstanden hatte, eine bittere Erfahrung der Ohnmacht:

„Mit 53 Jahren komme ich in keine Vorruhestandsregelung, bisherige Erfahrungen zeigen mir, dass schwer eine neue Tätigkeit zu finden sein wird, von Sozialfürsorge möchte ich jedoch meine letzten Jahre nicht leben. Also muss eine Umschulung o.ä. begonnen werden. Dafür

⁸⁰ Klage der Sektion Sozial- und Politikwissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena gegen das Land Thüringen. Zur Verfügung gestellt von Klaus Kübel.

⁸¹ Vermerk über die Ausführungen des Richters vom 27. Mai 1991. Zur Verfügung gestellt von Klaus Kübel.

⁸² UAJ, VA/II, Nr. 158, unpag. Rektoramt der FSU Jena an das Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst vom 18. April 1991.

⁸³ Ebenda, Nr. 154, unpag. Brief an den Rektor der FSU Jena vom 21. Januar 1991.

⁸⁴ Ebenda, Nr. 153, unpag. Brief an den Thüringer Minister für Wissenschaft und Kunst vom 30. Mai 1991.

ist jedoch Kenntnis nötig, ob mit weiterer Beschäftigung durch die Universität gerechnet werden kann.“⁸⁵

In diesen Genuss kamen jedoch nur wenige Mitarbeiter, die dann auch nahezu ausschließlich im Verwaltungsbereich eingesetzt wurden.⁸⁶ In einem (Sonder-)Fall gelang der Sprung auf eine Professur für Betriebswirtschaft – an einer Thüringer Fachhochschule. Die übergroße Mehrheit musste sich nach neuen, universitätsfernen Betätigungsfeldern umsehen. Zwei Beispiele seien genannt: Der langjährige Sekretär der Universitätsparteileitung und ML-Dozent Detlef Wächter machte sich als Autohändler selbständig. Ein ehemaliger Assistent gründete ein erfolgreiches Thüringer Meinungsforschungsinstitut.

Ludwig Elm, der prominenteste Jenaer ML-Dozent, blieb auch nach Ende seiner Universitätskarriere dem Forschungsgegenstand „Konservatismus“ verpflichtet. Zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge zeugen von ungebremster Leidenschaft für die Thematik wie vom dezidiert antifaschistisch-missionarischen Eifer.⁸⁷ Von 1994 bis 1998 saß er für die PDS im Deutschen Bundestag. Daneben hatte er führende Funktionen bei zahlreichen linken bzw. antifaschistischen Vereinen inne. In der Regel zogen sich die Älteren in ihre Privatsphäre zurück und pflegten dort in aller Stille ihre vertrauten Feindbilder.⁸⁸

Der „Kompetenzabsturz für viele Vertreter der Intelligenz [kam] wie ein Schock“, weil sie glaubten oder wenigstens hofften, „der Übergang würde

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Dem Autor ist nur ein langjähriger Mitarbeiter der Sektion ML bekannt, der noch einige Zeit einen Lehrauftrag im Bereich der Auslandsgermanistik wahrnahm und dort Landeskunde für ausländische Studenten unterrichtete.

⁸⁷ Zu seinen Veröffentlichungen vgl. Elm, *Liberal*, S. 5-45.

⁸⁸ Siehe z.B. das Manuskript Ludwig Heß' vom Juni 2001, in dem dieser der Frage nachgeht „Was ist Liebe?“. Schon nach wenigen Ausführungen über das Liebesleben von Schimpansen „peinigen“ Heß geradezu apokalyptische Visionen angesichts der Aggressivität und Unmenschlichkeit des Kapitalismus. „Die Unterordnung und profitable Vermarktung aller Bereiche und Seiten des menschlichen Lebens unter das übermächtige Finanzkapital führt nicht nur unausweichlich zur Verschärfung des globalen Kampfes um die Beherrschung der Märkte, Rohstoffquellen und billigen Arbeitskräfte, zur weltweiten politischen, strategischen, militärischen, ideologisch-propagandistischen und massenpsychologischen Absicherung und Durchsetzung von Herrschaftsinteressen, sondern auch und infolgedessen zu einer zunehmenden Verschlechterung und generellen Gefährdung der natürlichen Existenzbedingungen aller Menschen, zur Zunahme und Verschärfung ökologischer und sozialer Katastrophen, zum Massensterben auch als Folge wachsender militärischer Gewalt und zu unabsehbaren Massenfluchten und Völkerwanderungen.“ Ludwig Heß: *Was ist Liebe?*, unveröffentlichtes Manuskript (Kopie im Besitz des Verfassers).

ein Neuanfang mit Umstellungszeit sein, in der Schonfrist gewährt wird“.⁸⁹ Schließlich verlangte die Konfrontation „mit der völligen gesellschaftlichen Entwertung ihres Wissens und der Ergebnisse ihrer bisherigen Arbeit“ gerade den ehemaligen Agitatoren „kognitiv wie psychologisch extrem viel“⁹⁰ ab – für die allermeisten schon aufgrund ihres Alters viel zuviel. Dass es für sie deswegen oftmals bequemer war, keinen prinzipiellen „Abschied von den Lebenslügen“ zu nehmen, ist allzumenschlich, wiewohl keineswegs redlich.

Im November 1991 beschloss der Senat, das örtliche Sinnbild der kommunistischen (Universitäts-)Herrschaft in den Keller der Kustodie zu verbannen: eine Büste von Karl Marx, die ab 1953 vor dem Haupteingang der Hochschule platziert war. Den „Denkmalsturz“ begleitete ein kurzes kräftiges Rauschen im lokalen Blätterwald.⁹¹ Mit der „Einmottung“ des Artefakts zog die Universität einen symbolischen Schlussstrich unter die Geschichte des institutionalisierten Marxismus-Leninismus in ihrem Hause.

Mit dem Aufbau von an internationalen Standards orientierten soziologischen und politologischen Instituten ab 1991 hatten die abgewickelten Marxisten-Leninisten überhaupt nichts mehr zu tun. Wolf Rosenbaum, Gründungsbeauftragter für den Bereich Sozialwissenschaften in Jena, schreibt zu diesem radikalen Bruch mit der DDR-Gesellschaftswissenschaft:

„Die Soziologie an den ostdeutschen Hochschulen ist ein westdeutscher Import und hat von der Tradition der DDR-Soziologie nichts übernommen. [...]. Da es Politikwissenschaft in der DDR nicht gab, war von vornherein klar, dass dieses Fach an den ostdeutschen Hochschulen von westdeutschen Wissenschaftlern aufgebaut und vertreten werden musste.“⁹²

Von den Bewerbungen für die politikwissenschaftlichen Professuren kam nicht eine einzige aus Ostdeutschland, „für die Soziologie nur ganz wenige“.⁹³ Alle neuen Jenaer Lehrstühle beider Fächer wurden ausschließlich mit westdeutschen Wissenschaftlern besetzt.

⁸⁹ Jens Reich: Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht, Berlin 1992, S. 14.

⁹⁰ Michael Th. Greven: Nachwort in: ders., Dieter Koop (Hg.): War der Wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft, Opladen 1993, S. 177.

⁹¹ Vgl. Dokumente zur Erinnerung an den Jenaer Denkmalsturz 1991/92 anlässlich des 175. Geburtstages vom Karl Marx am 5. Mai 1993, hrsg. vom Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 1993.

⁹² Wolf Rosenbaum: Geschichte der Sozialwissenschaften in Jena, unveröffentlichtes Manuskript, ohne Jahr, S. 15.

⁹³ Ebenda, S. 32.

Resümees / Abstracts*

**Dr. Jeremy Krikler, Senior Lecturer, Department of History,
University of Essex**

This article explores the factors that restrained a bout of racial violence which erupted during a white miners' strike in South Africa in 1922. Far fewer lives were taken during the violence than might have been the case, given that the perpetrators of the killings were drawn from an armed and militarised community. As the analysis demonstrates, the pogrom was limited by actions undertaken by the police, by various whites linked to potential black victims, by black resisters themselves, and by personnel from the organisations of white labour. Finally, it is argued that the enmeshment of whites and blacks in master-servant relations created such familiarity and connections between the races that the potential for demonising black people was limited. This, it is suggested, was decisive for restricting the scale of the pogrom.

**Prof. Dr. Michael Lemke, Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam / Humboldt-Universität zu Berlin**

Der Beitrag beschäftigt sich am Beispiel der SBZ/DDR mit Fragen der Sowjetisierung nach 1945. Im Zentrum stehen Ziele, Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen der Sowjetisierung wie auch die Interessen, Handlungsspielräume und Interaktionen der sie tragenden und der von ihr betroffenen Kräfte. Die Forschung sollte, so wird hier argumentiert, stärker vergleichende Analysen vorlegen und damit zur Internationalisierung und Verortung des Phänomens Sowjetisierung im Kalten Krieg beitragen. Der Verfasser entwickelt dazu erste Fragen und Vorschläge.

Dr. Michael Ploenus, Leiter der Geschichtswerkstatt Jena

Der marxistisch-leninistischen Durchdringung des Hochschullebens kam in der DDR eine besondere Bedeutung zu. 1951 wurde ein für alle Studenten verbindliches Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium eingeführt, später marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG) genannt, das bis zum Herbst 1989 bestehen blieb. Für seine Realisierung zeichneten eigens installierte Abteilungen, Institute bzw. Sektionen verantwortlich. Der

* In der Reihenfolge der Beiträge.

Beitrag geht dem Verschwinden dieser universitären Lehr- und Propagandaabteilungen im Zuge der „Wende“ am Beispiel der Universität Jena nach. Trotz des speziellen Lokalkolorits sind die wesentlichen Grundzüge paradigmatisch für vergleichbare Einrichtungen der DDR.

Thomas Pruschwitz, Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Heinz Schwarz, SED-Funktionär und ehemaliger Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld, spricht in diesem Interview über seine persönliche Bekanntschaft zu Walter Ulbricht, bewertet die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Ära Honecker ebenso wie die Niederschlagung des 17. Juni 1953 und den Mauerbau im August 1961. Der heute in Halle lebende Schwarz beschreibt aus seiner Perspektive die Wechselwirkungen zwischen Staatssicherheit, Staats- und SED-Funktionären in einem der führenden chemischen Großbetriebe der DDR. Seine Betrachtungen bieten Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen über die Träger des SED-Staates unterhalb der obersten Führungsebene.

Inga Grebe, Doktorandin / Dr. Jana Wüstenhagen, Hochschulassistentin – beide Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die Autorinnen geben einerseits einen allgemeinen Überblick über die Archivsituation in Chile (2001) und Argentinien (2005) und gehen andererseits konkret auf die Bestände einzelner Archive (Nationalarchiv, Außenministerium, Wirtschaftsministerium, etc.) in Santiago de Chile bzw. Buenos Aires ein. Im Mittelpunkt stehen archivalische Quellen für die Zeit nach 1945. Inga Grebe suchte nach Dokumenten zur Außenpolitik der DDR gegenüber Chile seit 1949. Jana Wüstenhagen beschäftigte sich mit der Beschlagnahme deutscher Firmen in Argentinien durch den argentinischen Staat nach dem 2. Weltkrieg. Beide Verfasserinnen ermuntern ausdrücklich zu weiteren Forschungen über und in Lateinamerika, wo es in den letzten 10 Jahren einige Verbesserungen in der Bibliotheks- und Archivverwaltung gegeben hat. Am Ende des Berichts findet sich eine Liste mit den Adressen und Kontaktmöglichkeiten der besprochenen Institutionen.

Impressum:

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgegeben von Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse

Die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ erscheinen mindestens einmal jährlich in loser Folge. Sie wurden 1996 von Hermann-J. Rupieper (†) begründet, um eine Plattform für NachwuchswissenschaftlerInnen und herausragende studentische Arbeiten zu schaffen. Aufgenommen werden vorrangig Beiträge in deutscher und englischer Sprache, denen Quellen zugrunde liegen, die zuvor noch nicht publiziert wurden. Vorschläge für Veröffentlichungen nimmt die Redaktion entgegen. Manuskripte können postalisch oder per E-Mail eingesandt werden. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht. Nach Rücksprache mit den Autoren können angenommene Beiträge auch im Internet veröffentlicht werden. Jeder – auch auszugsweise – Nachdruck und die Verbreitung über andere Medien bedürfen der Genehmigung der HerausgeberInnen.

Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.), Denise Wesenberg,
Dr. des. Christina Schröder
www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz

Gestaltung: Pepe Kooperation, Annett Sonntag, Halle (Saale)
www.pepe-kooperation.de

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Hoher Weg 4, 06120 Halle (Saale)

Kontakt: Redaktion
Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Institut für Geschichte
06099 Halle (Saale)
Germany
Tel.: + 49 345 5524294
Fax: + 49 345 5527042
E-Mail: redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de

ISSN: 1433-7886